

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

10. Juli 2014

Ausgabe 10/2014



LPP Schmidbauer berichtet über Personalsituation bei der Bayerischen Polizei



Vergangenen Mittwoch berichtete Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer (Foto rechts) dem Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags über die Personalsituation bei der Bayerischen

Polizei. Er zeichnete hierbei ein durchaus positives Bild von Bayerns Polizei, konnte aber auf kritische Rückfragen aus den Oppositionsreihen nicht verbergen, dass es an der einen oder anderen Stelle hakt. Angesichts der hohen Ruhestandseintritte in den kommenden Jahren und verringerter Schulabgängerzahlen äußerte LPP Schmidbauer die Befürchtung, dass die 2.000 zusätzlichen Stellen, die bis zum Jahr 2025 eingestellt werden könnten, nicht adäquat besetzt werden könnten. Dabei zählte er einige Punkte auf, mit denen er dieser Problematik entgegentreten will: das StMI arbeitet derzeit schon an einem langfristigem Werbekonzept, um junge Leute für den Polizeiberuf zu begeistern. Außerdem soll das Einstellungsverfahren modernisiert werden. So sollen vor allem Onlinebewerbungen in Zukunft verstärkt zum Zuge kommen. Auch die Bezahlung und die Karrieremöglichkeiten will er weiter voranbringen. Hierfür schilderte er als positives Beispiel die rund 27.000 Beförderungen zwischen 2009 und 2013.

Überhaupt hat LPP Schmidbauer eingeräumt, dass trotz des hohen Personalstandes bei der Bayer. Polizei in der Fläche bei der Polizeipräsenz Defizite bestehen. Hier hat er vor allem uniformierte Fußstreifen und Jugendbeamte erwähnt, die vor Ort fehlten.

Prinzipiell stellte er die personelle Situation als gut dar: seit 2013 seien 2.000 neue Stellen geschaffen worden, in der letzten Legislaturperiode konnten über 5.000 BiA eingestellt werden. Schmidbauer verwies im Zusammenhang mit dem hohen Personalstand, aber sehr wohl auch auf die Berge von Arbeit, die sich derzeit bei der Polizei türmen. Er erwähnte die grenzüberschreitende Kriminalität (hier vor allem die Drogenproblematik), die hohe Zahl an Wohnungseinbrüchen, die Cyberkriminalität sowie den G8-Gipfel 2015 als Felder, die derzeit eine Menge Arbeit produzierten.

Als problematisch sieht er die Tatsache an, dass alleine 922 Stel-

len für den Rückgang auf die 40-Std.-Woche entfielen. Außerdem hortet die Bayer. Polizei 1,3 Mio. Überstunden. Das sind etwa 42 Std.pro Beamter und eine Zunahme im vergangenen Jahr um 8 %, und das, obwohl Gegenmaßnahmen seitens der Präsidien getroffen wurden. Aktuelle Rechtsprechungen würden die Personalsituation dabei nicht immer vereinfachen.

Was Schmidbauer auf Kritik der Opposition ebenfalls einräumte, war das Fehlen etatisierter Stellen im Bereich der OED, ZEG, luK und der Frauenbeauftragten. Hier soll und will er entsprechende Haushaltsforderungen herausarbeiten. Statt einer Erhöhung der Ballungszulage präferiert Schmidbauer mehr Wohnungsbau für Staatsbedienstete. Kritik erhielt Schmidbauer dabei vom GdP-Mitglied Prof. Dr. Peter-Paul Gantzer (SPD), weil er in seinem gesamten Vortrag kein einziges Wort zu den Tarifbeschäftigten verlor. Hier bestünden schlicht und einfach derzeit keine Forderungen und vieles, was die Tarifbeschäftigten betreffe, liege nicht in der Hand des StMI, sondern liege im Bereich von Tarifverhandlungen. Der SPD-Haushaltspolitiker Herbert Kränzlein forderte im Nachgang zur Ausschusssitzung mehr Auszubildende bei der Polizei und setzt sich zusätzlich für eine bessere Bezahlung der „Cyber-Cops“ ein. Auch die GdP Bayern hat für den kommenden DHH 2015/2016 weitere 1.000 zusätzliche Ausbildungsstellen und vor allem weitere Stellenhebungen gefordert.



GdP bekräftigt Nein zur Kostenbeteiligung von Clubs bei Fußballereinsätzen

In einem Interview hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, das Nein seiner Organisation zur Kostenbeteiligung der Vereine bei Fußballereinsätzen bekräftigt. Die Kosten verursachten ja nicht die Vereine, sondern „notorische Gewalttäter, die den Dialog mit den Vereinen, Sozialarbeitern und der Polizei ablehnen“, sagte er der Mittwoch-Ausgabe der „Stuttgarter Nachrichten“. Zudem bezweifelt die GdP, dass es möglich sei, zwischen finanzstarken Vereinen der Profiligen und den finanzschwachen Vereinen der unteren Ligen zu unterscheiden. Viele Vereine, so Malchow, hätten in den vergangenen Jahren schon viel Geld in die Hand genommen, um die Stadionsicherheit deutlich zu verbessern und auch die im Stadion eingesetzten Sicherheitskräfte besser zu schulen. Zu kritisieren seien jedoch solche Vereine, denen eine Abgrenzung zu gewalttätigen Fußballchaoten nicht ausreichend gelinge oder die zu wenig dafür täten. Bitte lesen Sie das Interview im Wortlaut:

http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_GdP-bekraeftigt-Nein-zur-Kostenbeteiligung-von-Clubs-bei-Fussballeinsaetzen

GdP: Pkw-Maut-Kontrolle keine Aufgabe der Polizei



In einem Interview mit der Augsburger Allgemeinen hat der stv. Landesvorsitzende der GdP Bayern, Peter Schall (Foto), Zweifel an der Praxistauglichkeit der aktuell veröffentlichten Mautpläne der Bundesregierung geäußert. Er warnt vor allem davor, dass die Kontrolle, ob Pkws eine Vignette haben, wieder alleine auf den Schultern der Polizei laste. Schall sagte: „Es ist wie so häufig: Die Politik macht ein schönes Gesetz, aber wie es letzten Endes in der Praxis laufen

soll, darüber macht sich niemand Gedanken. Ich bin sehr skeptisch, wie das funktionieren soll.“ Schall verweist darauf, dass angesichts der bestehenden Personalprobleme ohnehin nicht genügend Verkehrskontrollen vorgenommen werden können, zudem sind Kontrollmaßnahmen auf Schnellstraßen nicht ungefährlich und eine Videoüberwachung wie in Österreich nach den

deutschen Datenschutzbestimmungen wohl ausgeschlossen. Primär überwacht die Polizei Verstöße, die unfallursächlich sind; eine Mautpflicht rangiert in der Priorität ganz hinten. Bislang ist nicht bekannt, von wem und wie die Einhaltung der Mautpflicht kontrolliert werden soll. „Eine Ahndung macht nur dann Sinn, wenn sie auch abschreckt“, so Schall. Andernfalls werde die Maut zum „zahnlosen Tiger“.

Auch GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow schloss aus, dass die Polizei diese Aufgabe auch noch übernehmen könne. „Nach den jahrelangen Personalkürzungen der polizeilichen Verkehrsüberwachung sowie in der Polizei generell sollte jedem Politiker klar sein, dass die Kontrolle der Pkw-Maut nicht auch noch auf die Schultern unserer Kolleginnen und Kollegen geladen werden kann.“

Neben der Überwachung der Lkw-Maut durch das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) und der seit neuestem beim Zoll angesiedelten Erhebung und Überwachung der Kfz-Steuer dürften Autofahrer nicht durch ein Kontrollwirrwarr verschiedener Behörden verunsichert werden. Daher sei es dringend geboten, dass die Bundesregierung ein schlüssiges Konzept für die zentralisierte, und damit übersichtliche Erhebung und Kontrolle aller dann drei Verkehrsabgaben vorlege. Die GdP wird die weiteren Lösungsvorschläge mit wachem Auge verfolgen.

GdP-Landesvorsitzender Bahr besucht die Leitung des Polizeipräsidiums Niederbayern



Der Landesvorsitzende der GdP Bayern, Herr Helmut Bahr, traf sich in sehr angenehmer Atmosphäre zu einem Austausch im Polizeipräsidium Niederbayern mit Herrn Polizeipräsident Josef Rückl und dem Leiter PV Herrn Regierungsdirektor Harald Doblinger. Im Beisein des stellv. Landesvorsitzenden der GdP Bayern, Herrn Martin Lehner, sowie dem Bezirksgruppenvorsitzenden der BG Niederbayern, Herrn Andreas Holzhausen, und dem Leiter des Sachgebietes E 1, Herrn Polizeidirektor Helmut Eibensteiner, wurden aktuelle Themen wie u.a. die Personalzuteilungen nach Niederbayern sowie das Elternzeitkonzept des Verbandes Niederbayern besprochen. Im Anschluss wurde das Projekt „Neue Dienstkleidung der Bayerischen Polizei“ im Haus des Polizeipräsidiums Niederbayern besucht.

Bild v.l.n.r. PP Josef Rückl, Martin Lehner, Helmut Bahr, PD Helmut Eibensteiner, Andreas Holzhausen

ÖD-Ausschuss lehnt Ausweitung des abschlagsfreien Antragsruhestandes von Polizeibeamten/-innen ab

Die GdP Bayern hatte mit einer Petition versucht, weitere Kollegen/-innen hinsichtlich des sog. Abschlagsfreien Antragsruhestandes zu begünstigen. Gerade die Diensthundeführer, aber auch viele Kollegen der Verfügung, die zwar keinen regelmäßigen Schichtdienst machen, aber ständig aushelfen, eine hohe Einsatzbelastung haben und aufgrund des für sie fehlenden festen Schichtplans keine Schichtzulage bekommen, können diese Zeiten für die Anrechnung bei den notwendigen 20 Jahren besonders belastender Dienste zu ungünstigen Zeiten nicht berücksichtigen. Hier hatte die GdP versucht, eine Anrechnung anhand der geleisteten Nachtdienststunden bzw. der dafür erreichten Zusatzurlaubstage zu erreichen. In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause lehnte der Ausschuss Öffentlicher Dienst des Bayer. Landtages jedoch eine Ausweitung der „ohnehin sehr großzügigen bestehenden Regelung“



ab. Der GdP-Vorschlag der Anbindung an Nachtdienststunden sei schon im Rahmen der Dienstrechtsreform diskutiert, dann aber abgelehnt worden. Auch der anwesende Vertreter des Finanzministeriums lehnte den Vorschlag ab und verwies auf die Diskussionen bei der Dienstrechtsreform, die Polizei sei ohnehin begünstigt infolge der Beibehaltung der Sonderaltersgrenze und der bestehenden großzügigen Regelung. Wenn man jetzt noch weitere Ausnahmen zulasse, hätte man gleich auf die Anhebung der Altersgrenze für den Ruhestand verzichten können. Darauf hätte man nach Ansicht der GdP in der Tat verzichten können. Wenn auch gewisse Sympathien für den Vorschlag der GdP bestanden, so will man das Paket Ruhestandseintritt nicht wieder aufschneiden und lehnte daher die von der GdP vorgeschlagene Ergänzung der Verwaltungsvorschrift zu Art. 26 BayBeamtVG ab. (PSch)

Bekämpfung von Drogenkriminalität international enger verzahnen

Eine eng verzahnte internationale polizeiliche Zusammenarbeit im Kampf gegen die organisierte Drogenkriminalität, ausreichende personelle Ressourcen bei polizeilichen Ermittlern und



intensivierte bundesweite Anti-Drogen-Kampagnen forderte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver

Malchow (Foto), anlässlich des heute von der Bundesdrogenbeauftragten Marlene Mortler in Berlin vorgestellten „Drogen- und Suchtberichts 2014“ der Bundesregierung. Malchow: „Vor allem die besorgniserregende Entwicklung bei Erstkonsumenten (+ sieben Prozent) kristalliner Methamphetamine, dem sogenannten Crystal Meth, macht deutlich, dass Drogenkriminelle die Freizügigkeit Europas für ihre Zwecke immer stärker nutzen. Dem müssen die Polizeien ein dicht geknüpftes Ermittler- und Ermittlungsnetz entgegen stellen, wo es weder zu Informationslecks noch zu unnötigen Verzögerungen in der aktuellen Ermittlungsarbeit kommt.“

Der GdP-Vorsitzende zeigte sich über die Zunahme der Zahlen der Sicherstellungsfälle (+ zehn Prozent) wie auch der sichergestellten Drogenmengen (+ drei Prozent) im Bereich der synthetischen Drogen erfreut. „Vor allem für die Hersteller und Verkäufer von Crystal Meth muss aber das Risiko, von der Polizei das Handwerk gelegt zu bekommen, deutlich steigen.“ Auf den ersten Blick sei es zwar ermutigend, wenn mehr Drogen beschlagnahmt werden könnten, jedoch müsse die Polizei in die Lage versetzt werden, über längere Zeit mit Hochdruck nach den Drogen-Hintermännern sowie den Produktionsstrukturen und Vertriebswegen zu fahnden.“

MIT RECHT

solidarisch! Rechtsschutz mit der GdP

*Menschlich,
verlässlich,
für Alle!*



ABENTEUER FÜR GdP-MITGLIEDER



GdP Service GmbH

KARL MAY-FESTSPIELE DASING

WINNETOU I 21.6. – 14.9.2014

Exklusiv für GdP-Mitglieder gibt es zum 10-jährigen Jubiläum der Süddeutschen Karl May-Festspiele Dasing einen Vorteils-Gutschein: **Ihr erhaltet zu Euren Eintrittskarten ein gratis Western-Büfett sowie freien Eintritt in den Erlebnispark Western-City Dasing (Erwachsene 24,50 € statt 39,00 €, Kinder 18,50 € statt 29,50 €).** Erlebt mit, wie mehr als 80 Mitwirkende mit 25 Pferden für spannende Unterhaltung sorgen. **Samstags: 16 und 20 Uhr, sonn- und feiertags: 17 Uhr**
www.gdpservicegmbh.de

Euren Gutschein könnt Ihr im Mitgliederbereich ausdrucken: www.gdpservicegmbh.de/ Veranstaltung und an der Festspiel-Kasse einlösen. Bitte vorher reservieren: Telefon 08205-225 oder Mail info@karlmay-festspiele.de

